

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	17
Abkürzungsverzeichnis	19
1. Kapitel	
Grundlagen des öffentlichen Dienstrechts	21
I. Verfassungsrechtliche und gesetzliche Grundlagen	21
1. Grundlagen des öffentlichen Dienstes	21
a) Der öffentliche Dienst	21
b) Die geschichtliche Entwicklung	23
c) Garantie gleichen Zugangs zu öffentlichen Ämtern	25
2. Verfassungsrechtliche Garantien des Berufsbeamtentums	25
a) Institutionelle Garantie des Berufsbeamtentums	25
b) Funktionsvorbehalt	26
c) Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums	28
3. Rechtsquellen des öffentlichen Dienstrechts	30
a) Vorbehalt des Gesetzes im Dienstrecht	30
b) Gesetzgebungskompetenzen	31
c) Rechtsgrundlagen für die verschiedenen Beamten	32
d) Geltung verwaltungsrechtlicher Gesetze	33
II. Grundbegriffe im öffentlichen Dienstrecht	35
1. Beamte und Arbeitnehmer	35
a) Beamtenbegriffe	35
b) Das Beamtenverhältnis	36
c) Rechtliche Unterschiede zwischen Beamten und Beschäftigten	36
2. Grundbegriffe auf Seiten des Dienstherrns	37
a) Dienstherr und Dienstherrnfähigkeit	37
b) Oberste Dienstbehörde, Dienstvorgesetzter und Vor- gesetzter	37
c) Dienststelle	41
3. Das „Amt“ des Beamten	41
a) Verschiedene Amtsbegriffe	41
b) Das Amt im statusrechtlichen Sinne	42
c) Das Amt im funktionellen Sinne	43
III. Die Grundrechte des Beamten	44
1. Beamte als Grundrechtsträger	44
2. Grundlagen menschlicher Existenz	45
a) Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG	45
b) Leben und körperliche Unversehrtheit	45

c)	Gleichbehandlungsgebote, Art. 3 GG	47
3.	Grundlegende Tätigkeitsbedingungen	48
a)	Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit	48
b)	Freizügigkeit, Art. 11 GG	49
c)	Berufsfreiheit, Art. 12 Abs. 1 GG	49
4.	Freie Entfaltung des Persönlichkeit	50
a)	Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG)	50
b)	Schutz der Telekommunikation (Art. 10 GG) und Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG)	52
c)	Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	53
5.	Weitere Grundrechte	53
a)	Meinungs-, Informations- und Medienfreiheiten (Art. 5 Abs. 1, 2 GG)	53
b)	Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)	55
c)	Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 4 GG)	55
d)	Freiheit der Kunst, Wissenschaft und Forschung (Art. 5 Abs. 3 GG)	56
2. Kapitel		
Arten des Beamtenverhältnisses		
I.	Überblick und Unterscheidung	57
II.	Der Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	59
III.	Der Beamte auf Probe	60
1.	Das Beamtenverhältnis auf Probe i. S. d. § 6 LBG	60
a)	Voraussetzungen und Zweck	60
b)	Die Probezeitverkürzung	61
c)	Die Probezeitverlängerung	62
2.	Die Führungsfunktion auf Probe nach § 8 LBG	64
IV.	Der Beamte auf Lebenszeit	65
3. Kapitel		
Die Voraussetzungen für die Einstellung als Polizeibeamter		
I.	Die Staatsangehörigkeit	67
II.	Das Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung	68
III.	Die nach Landesrecht vorgeschriebene Befähigung	69
IV.	Weitere persönliche Voraussetzungen	69
4. Kapitel		
Ernennungen		
I.	Arten der Ernennungen	71
1.	Grundsätzliches	71
2.	Die einzelnen Ernennungsarten	72
a)	Die Einstellung	72

	b)	Die Umwandlung	72
	c)	Die Beförderung	73
	d)	Änderungen der Amtsbezeichnung, insbesondere der Aufstieg	74
	4.	Abgrenzung der Ernennungen zu anderen Maßnahmen . . .	74
II.		Ernenntungsverfahren	75
	1.	Allgemeines	75
	2.	Der äußere Vorgang der Ernennung	76
	a)	Die Ernennungsurkunde	77
	b)	Die Aushändigung der Ernennungsurkunde	78
	3.	Die Ernennungszuständigkeit	80
	a)	Allgemeines	80
	b)	Zuständigkeitsmängel	81
	4.	Die Rücknahme der Ernennung	82
	5.	Das zeitliche Wirksamwerden einer Ernennung	84
III.		Die Bewerberauswahl bei Ernennungen	86
	1.	Grundsätzliches	86
	2.	Die Bedeutung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung	89
	a)	Die fachliche Leistung	89
	b)	Die Befähigung	89
	c)	Die Eignung	90
	d)	Die Heranziehung der Merkmale des Leistungsprinzips für die Auswahlentscheidung bei Ernennungen	95
	3.	Die Mittel für die Feststellung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung	97
	a)	Die dienstliche Beurteilung	97
	b)	Die Personalakte	98
	c)	Das persönliche Vorstellungsgespräch	98
	d)	Prüfungen	99
	e)	Erkundigungen	99
	f)	Das Verhältnis der Hilfsmittel zueinander	99
	4.	Der Anspruch des besten Bewerbers	100
	5.	Die Situation bei gleicher Qualität der Bewerber	101
	a)	Die Hilfskriterien	101
	b)	Alterskriterien	102
	c)	Schwerbehinderte	102
	d)	Soziale Kriterien	103
	e)	Die Frauenförderung	103
	f)	Die Anwendung der Hilfskriterien	105
IV.		Rechtsschutz bei Ernennungen	105
	1.	Grundsätzliches	105

2.	Das richtige Vorgehen der Ernennungsbehörden bei Beförderungen nach Auswahlentscheidungen	105
3.	Das Problem des Rechtsschutzes nach Beförderung des Konkurrenten	108
4.	Der prozessuale Weg des unterlegenen Bewerbers bei korrekter Vorgehensweise der Ernennungsbehörde	111
V.	Exkurs: Die dienstliche Beurteilung als Erkenntnismittel für die Bewerberauswahl bei Ernennungen	114
1.	Rechtsgrundlagen	114
2.	Allgemeine Grundsätze und Rechtsfragen des Beurteilungswesens	115
a)	Zweck der dienstlichen Beurteilung	115
b)	Der Maßstab für die Beurteilung	115
c)	Die Richtigkeit der dienstlichen Beurteilung	116
d)	Die dienstliche Beurteilung als Erkenntnismittel für Personalentscheidungen	117
e)	Aktualität der dienstlichen Beurteilung	118
f)	Rechtsmittel gegen eine dienstliche Beurteilung	119
3.	Wesentliche Verfahrensregelungen der VwV-Beurteilung Pol	120
a)	Grundsätzliches	120
b)	Zu den Beurteilungszeiträumen	122
c)	Aufbau und Inhalt der dienstlichen Beurteilung	122
d)	Die Bewertung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung im Rahmen der dienstlichen Beurteilung	123
e)	Die Quotierung der Ergebnisse der Gesamtbewertungen	125
f)	Das Beurteilungsverfahren	125
g)	Die Bekanntgabe der dienstlichen Beurteilungen	126
h)	Übersicht über den Aufbau einer dienstlichen Beurteilung nach der VwV-Beurteilung Pol	127
5. Kapitel		
Personalsteuerungsmaßnahmen		
I.	Allgemeines	129
1.	Abgrenzung zum Ernennungsrecht	129
2.	Überblick über die Personalsteuerungsmaßnahmen	129
II.	Die Versetzung	131
1.	Begriff und Arten der Versetzung	131
2.	Materielle Voraussetzungen	133
a)	Tatbestandsvoraussetzungen	133
b)	Ermessensbetätigung	142
3.	Formelle Voraussetzungen	145
a)	Zuständigkeit	145
b)	Verfahren und Form	146

III.	Die Abordnung	147
1.	Rechtsgrundlage	147
2.	Materielle Voraussetzungen	148
a)	Tatbestandsvoraussetzungen	149
b)	Ermessensbetätigung	151
3.	Formelle Voraussetzungen	152
a)	Zuständigkeit	152
b)	Verfahren und Form	152
IV.	Umsetzung und Geschäftsplanänderung	153
1.	Begriffe und Rechtsgrundlage	153
2.	Materielle Voraussetzungen	154
a)	Tatbestandsvoraussetzungen	154
b)	Ermessensbetätigung	154
3.	Formelle Voraussetzungen	155
a)	Zuständigkeit	155
b)	Verfahren und Form	155

6. Kapitel

	Rechte des Beamten	157
I.	Das Recht auf Fürsorge und Schutz	157
1.	Allgemeines	157
2.	Einzelne Rechte aufgrund des Rechts auf Fürsorge und Schutz	158
II.	Sonstige nichtvermögenswerte Rechte	160
1.	Allgemeines	160
2.	Rechte im Zusammenhang mit dem Amt	160
3.	Rechte im Zusammenhang mit Nebentätigkeiten	161
4.	Recht auf Urlaub	161
5.	Rechte im Zusammenhang mit der Personalakte	161
III.	Sonstige vermögenswerte Rechte	164
1.	Besoldung und Versorgung des Beamten	164
2.	Beihilfe und freie Heilfürsorge	164
3.	Sachschadensersatz	165
4.	Weitere finanzielle Leistungen	165
IV.	Das Recht auf Unfallfürsorge nach Dienstunfall	165
1.	Grundsätzliches	165
2.	Der einfache Dienstunfall nach § 45 Abs. 1 BeamtVG	166
a)	Tatbestandsmerkmale des § 45 Abs. 1 BeamtVG	166
b)	Tatbestandsmerkmal „Ereignis“	166
c)	Tatbestandsmerkmal „auf äußerer Einwirkung beruhend“	167
d)	Tatbestandsmerkmal „plötzlich“	169
e)	Tatbestandsmerkmal „zeitlich und örtlich bestimmbar“	171

f)	Tatbestandsmerkmal „Körperschaden“	173
g)	Tatbestandsmerkmal „Dienstbezug“	173
h)	Wegeunfälle	178
i)	Dienstreisen	183
j)	Dienstliche Veranstaltungen	183
3.	Der qualifizierte Dienstunfall nach § 52 LBeamtVGBW	185
a)	Allgemeines	185
b)	§ 52 Abs. 1 LBeamtVGBW	186
c)	§ 52 Abs. 2 LBeamtVGBW	188
4.	Beschränkung auf Unfallfürsorgeleistungen gemäß § 63 LBeamtVGBW nach Dienstunfall	189
5.	Verfahrensfragen	191
6.	Exkurs: Die Beamtenversorgung nach Versetzung in den Ruhestand und die Hinterbliebenenversorgung nach Tod des Beamten ohne Dienstunfall und nach Dienstunfall	193
a)	Das Ruhegehalt ohne Dienstunfall	193
b)	Das Ruhegehalt nach einfachem Dienstunfall	194
c)	Das Ruhegehalt bei qualifiziertem Dienstunfall	194
d)	Hinterbliebenenversorgung	195
e)	Sonstige Leistungen der Unfallfürsorge	195

7. Kapitel

	Die Pflichten des Polizeibeamten und die möglichen Folgen von Pflichtverletzungen	197
I.	Die einzelnen Pflichten des Polizeibeamten	197
1.	Die Pflicht zur Verfassungstreue, § 33 Abs. 1 Satz 3 BeamStG	197
2.	Die Neutralitätspflicht, § 33 Abs. 1 Satz 1 und 2 BeamStG	198
3.	Die Dienstleistungspflicht, § 34 Satz 1 BeamStG	199
a)	Die Pflicht zum vollen dienstlichen Einsatz	199
b)	Die Anwesenheitspflicht – ungenehmigtes und schuldhaftes Fernbleiben vom Dienst	201
c)	Die Pflicht des Beamten zur Erhaltung seiner persönlichen Leistungsfähigkeit	203
d)	Alkoholprobleme im Dienst	204
4.	Die Wohlverhaltenspflicht innerhalb und außerhalb des Dienstes, § 34 Satz 3 BeamStG	205
a)	Straftaten von Polizeibeamten während und außerhalb des Dienstes	205
b)	Sexuelle Belästigung und Mobbing im Dienst	206
c)	§ 34 Satz 3 BeamStG als Auffangtatbestand	206
d)	Die Wohlverhaltenspflicht außerhalb des Dienstes	207
5.	Die Wahrheits- und Auskunftspflicht gegenüber dem Vorgesetzten, § 35 Satz 1 BeamStG	208

6.	Die Gehorsampflicht, § 35 Satz 2 BeamtStG	209
7.	Die Pflicht zur Uneigennützigkeit, § 34 Satz 2 BeamtStG . .	210
8.	Die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit, § 37 BeamtStG	211
9.	Das Gebot zur politischen Mäßigung, § 33 Abs. 2 BeamtStG .	211
10.	Verstöße gegen das Nebentätigkeitsrecht	212
11.	Verstöße hinsichtlich des äußeren Erscheinungsbildes	213
II.	Die möglichen Folgen von Pflichtverletzungen	214
1.	Das Strafverfahren	215
2.	Das Disziplinarverfahren	215
a)	Sinn und Zweck des Disziplinarverfahrens	215
b)	Das neue Landesdisziplinargesetz (LDG)	216
c)	Dienstvergehen als Voraussetzung für die Verhängung einer Disziplinarmaßnahme	217
d)	Die einzelnen Disziplinarmaßnahmen	218
e)	Die Bemessung der Disziplinarmaßnahme im Einzelfall	220
f)	Der Ablauf eines Disziplinarverfahrens	224
g)	Vorläufige Maßnahmen im Disziplinarverfahren	231
h)	Rechtsschutz im Disziplinarverfahren	233
3.	Die haftungsrechtlichen Folgen von Pflichtverletzungen . .	234

8. Kapitel

Die Beendigung des Beamtenverhältnisses 237

I.	Der Verlust der Beamtenrechte, § 24 BeamtStG, §§ 33 bis 35 LBG	237
1.	Die Voraussetzungen	237
2.	Die Rechtsfolgen	238
II.	Die Entlassung, §§ 22 und 23 BeamtStG, §§ 31 und 32 LBG	239
1.	Die Entlassung kraft Gesetzes	239
a)	Die Fälle des § 22 Abs. 1 bis 3 BeamtStG	239
b)	Beim Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst . .	240
2.	Die Entlassung durch eine Verfügung des Dienstherrn	240
a)	Entlassungsgründe ohne Ermessen nach § 23 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 3 und Nr. 5 BeamtStG	240
b)	Die Entlassung auf eigenen Antrag des Beamten nach § 23 Abs. 1 Nr. 4 BeamtStG	241
c)	Entlassungsgründe mit Ermessen beim Beamten auf Probe nach § 23 Abs. 3 Nr. 1 BeamtStG (wegen eines Dienstvergehens)	242
d)	Entlassungsgründe mit Ermessen beim Beamten auf Probe nach § 23 Abs. 3 Nr. 2 BeamtStG (wegen mangelnder Bewährung)	243
e)	Entlassungsgründe mit Ermessen beim Beamten auf Widerruf nach § 23 Abs. 4 BeamtStG	245

3.	Das Verfahren bei der Entlassung durch eine Verfügung des Dienstherrn	246
4.	Rechtsschutz gegen eine Entlassungsverfügung	246
5.	Die Rechtsfolgen der Entlassung	247
III.	Der Eintritt in den Ruhestand, §§ 25 bis 32 BeamStG, §§ 36 bis 46 LBG	247
1.	Der Eintritt in den Ruhestand kraft Gesetzes	247
2.	Vorzeitiger Eintritt in den Ruhestand durch eine Verfügung des Dienstherrn	248
a)	Wegen Dienstunfähigkeit	248
b)	Der vorzeitige Eintritt in den Ruhestand auf Antrag des Beamten	252
c)	Das Verfahren bei der Versetzung in den Ruhestand durch Verfügung des Dienstherrn	253
3.	Die Rechtsfolgen des Eintritts in den Ruhestand	253
IV.	Die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis, § 31 LDG	253
9. Kapitel		
Rechtsschutz im Öffentlichen Dienstrecht		
I.	Grundlagen und Abgrenzungen	255
II.	Der Widerspruch	257
1.	Zulässigkeit eines Widerspruchs	257
a)	Die zuständige Widerspruchsbehörde	257
b)	Statthaftigkeit des Widerspruchs	257
c)	Widerspruchsbefugnis	258
d)	Form des Widerspruchs und Widerspruchsfrist	259
2.	Begründetheit des Widerspruchs	259
III.	Der Rechtsschutz vor dem Verwaltungsgericht	260
1.	Die Zulässigkeitsanforderungen bei der Klage	260
a)	Form der Klageerhebung und Klagefrist	260
b)	Weitere Zulässigkeitsvoraussetzungen	261
2.	Begründetheit einer Klage	262
3.	Der einstweilige Rechtsschutz	263
a)	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	263
b)	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	264
IV.	Die nicht-förmlichen Rechtsbehelfe	266
1.	Anträge und Beschwerden, § 49 Abs. 1 LBG	266
2.	Eingaben bei der Personalvertretung, § 68 Abs. 1 Nr. 3 LPVG	268
10. Kapitel		
Personalvertretungsrecht		
I.	Grundlagen	269
II.	Organe des Personalvertretungsrechts	270
1.	Die Dienststelle	270

2.	Arten der Personalvertretung	271
3.	Geschäftsführung der Personalvertretung	273
4.	Rechtsstellung der Personalvertretungsmitglieder	275
5.	Die Personalversammlung	276
III.	Materielles Personalvertretungsrecht	277
1.	Grundlagen	277
2.	Mitbestimmungs-/Mitwirkungsrechte	278
	Stichwortverzeichnis	281